

V A Ö**VERBAND DER AKADEMIKERINNEN ÖSTERREICHS****MITGLIED DER INTERNATIONAL
FEDERATION OF UNIVERSITY
WOMEN**

An das
Bundesministerium für Umwelt,
Jugend und Familie
Radetzkystr. 2
1031 W i e n .

Wien, am 10. Dezember 1987

Betrifft: Zl. I-32.191/28-3/87

Umweltschutzgesetz, Stellung-
nahme zum Entwurf

GESETZENTWURF	
Zl. 73	GE 9.87
Datum:	1. DEZ. 1987
Verteilt:	07. DEZ. 1987 <i>Entsch.</i>

Sehr geehrte Damen und Herren !

A. Hlawac

Einleitend wird festgehalten, daß die Beurteilung eines Gesetz-
entwurfes, dem die verfassungsrechtliche Grundlage (noch) fehlt,
nicht nur ungewöhnlich, sondern auch äußerst schwierig ist.

Im einzelnen wird - ohne strenge Einhaltung der Paragraphenfolge -
wie folgt Stellung genommen :

- 1.) Mit besonderem Nachdruck muß darauf hingewiesen werden, daß
der Entwurf Bestimmungen enthält, die hinter bereits bestehen-
den Umweltschutzbestimmungen zurückbleiben. So kennt beispiels-
weise die derzeitige GewO keine analoge Einschränkung, wie sie
in § 3 Abs. 4 des Entwurfes geplant ist und zwar durch die
Worte "über das bei Haushalten übliche Ausmaß". Diese Worte
sollten gestrichen werden.
- 2.) Zu § 2 : Die Beschränkung auf Betriebsanlagen erscheint unver-

VAÖ

VERBAND DER AKADEMIKERINNEN ÖSTERREICHS

MITGLIED DER INTERNATIONAL
FEDERATION OF UNIVERSITY
WOMEN

Wien, am

Betrifft:

ständig, da somit derjenige Teil der Immissionen, der auf Kraftfahrzeuge zurückzuführen ist, nicht erfaßt werden könnte. Wie soll der Bundesminister für Umwelt in der Lage sein, gem. " 5 Abs. 2 Immissionsgrenzwerte festzusetzen ?

- 3.) Die bisherige Parteistellung der "Nachbarn", wie sie die GewO kennt, sollte nicht angetastet werden, wie dies jedoch durch zahlreiche Bestimmungen des Entwurfes geschieht. Möglicherweise handelt es sich dabei um mißverständliche Formulierungen (siehe z.B. § 4 Abs. 3 des Entwurfes).
- 4.) Mit Befremden muß festgestellt werden, daß die Bewilligungspflicht zwar beim Dampfkesselenmissionsgesetz (DKEG) bei einer Brennstoffwärmeleistung von 50 kW beginnt, im Entwurf jedoch erst bei 150 kW (siehe § 4 Abs.5). Weiters enthält das DKEG Vorschriften über die Schornsteinhöhe schon ab einer Brennstoffwärmeleistung von 300 kW, der Entwurf erst ab einer solchen von 1 MW (siehe § 8 Abs. 2 Z. 4).
- 5.) Als weiteres Beispiel dafür, daß der Entwurf hinter schon bestehenden Umweltschutzbestimmungen zurückbleibt, sei auf § 74 Abs. 2 Z. 5 GewO verwiesen, wo von "nachteiligen Einwir-

V A Ö

VERBAND DER AKADEMIKERINNEN ÖSTERREICHS

MITGLIED DER INTERNATIONAL
FEDERATION OF UNIVERSITY
WOMEN

Wien, am

Betrifft:

kungen die Rede ist, während die analoge Bestimmung in § 5 Abs. 1 Z 5 u. 6 des Entwurfes nur "wesentlich nachteilige Einwirkungen" kennt. Wann sind nachteilige Einwirkungen wesentlich? Auch diese Formulierung muß abgelehnt werden.

- 6.) Vollends zweifelt man an der Berechtigung des genannten Gesetzes-
titels, liest man § 6, der zahlreiche Möglichkeiten eröffnet, die
vom da. Bundesministerium verordneten Grenzwerte nicht einhalten
zu müssen. Dies noch dazu bei einer gewählten, äußerst fragwür-
digen Konstruktion, nach der das da. Bundesministerium auf indi-
viduelle Vollziehungsakte überhaupt **keinen** Einfluß hätte, da für
diese einzig und allein das Bundesministerium für wirtschaftliche
Angelegenheiten zuständig sein soll. Vor einer solchen Teilung
der Vollziehung kann nicht genug gewarnt werden !
- 7.) § 6 Abs. Z. 1 müßte unter allen Umständen lauten : "die nach
dem Stand der Technik vermeidbaren Emissionen unterbleiben."
- 8.) Zu § 6 Abs. 2 : Auch nach erfolgter Verfassungsänderung dürfte
der Bund kaum zur Erlassung von " Vorschriften über die Wärmeiso-
lierung von Gebäuden und Anlagen " zuständig sein, da solche Be-
stimmungen in die Bauordnungen der Länder eingreifen würden.

V A Ö**VERBAND DER AKADEMIKERINNEN ÖSTERREICHS****MITGLIED DER INTERNATIONAL
FEDERATION OF UNIVERSITY
WOMEN****Wien, am****Betrifft:**

- 9.) Abzulehnen ist die Kann-Bestimmung des § 7, würde sie doch sogar einen Probetrieb ermöglichen, durch den das Leben oder die Gesundheit von Menschen gefährdet wird !
- 10.) Durch die geplante enge Bindung Österreichs an die EG erscheint es dringend nötig, den Entwurf als Ganzes so umzuarbeiten, daß auf die EG-Richtlinien Bedacht genommen wird. Dies gilt vor allem - aber nicht ausschließlich - für § 12 (Umweltverträglichkeitsprüfung).
- 11.) § 13 : Unverständlich ist, warum nur für "gefahren geneigte" Anlagen (welch ein Wort !) Vorkehrungen gegen Störfälle getroffen werden müssen. Wer entscheidet, welche Anlagen darunter fallen und was hat zu geschehen, wenn trotz des offensichtlichen Glaubens an den Grundsatz, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, in einer "nicht gefahren geneigten" Anlage ein Störfall eintritt ?
- 12.) Zur Altanlagenanierung : Seit vielen Jahren wird die dynamische Anpassung der Altanlagen an den Stand der Technik verlangt; im Entwurf ist jedoch eine solche nicht vorgesehen. Man denke nur an das DKEG und den vor mehr als einem Jahr im damaligen BMBT ausgearbeiteten Entwurf für ein neues "Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen", wo sehr wohl eine dynamische Anpassung der Altanlagen vorgesehen war.

V A Ö

VERBAND DER AKADEMIKERINNEN ÖSTERREICHS

MITGLIED DER INTERNATIONAL
FEDERATION OF UNIVERSITY
WOMEN

Wien, am

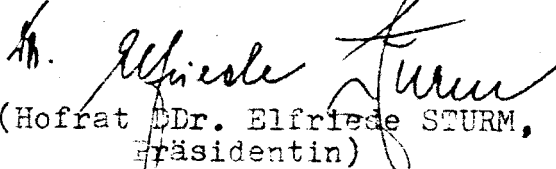
Betrifft:

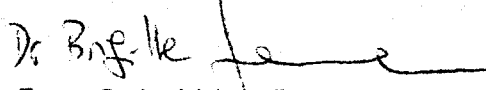
Hinsichtlich der Altanlagen sollte man sich an den Schweizer und bundesdeutschen Regelungen orientieren.

- 13.) Die Formulierung des § 15 Abs. 1 läßt den Landeshauptmann im Unklaren, wie oft und an wievielen Meßstellen die Immissionsgrenzwerte überschritten werden müssen, damit ihn die Verpflichtung zur Erlassung eines Sanierungsplanes trifft.
- 14.) § 16 Abs. 4 : Gegen die Schaffung eines "Ausgleichsverbundes" wird besonders heftig Stellung genommen. Wer schützt die Nachbarn, die nicht einmal Parteistellung haben ?
- 15.) Schließlich erlaubt sich der Verband der Akademikerinnen Österreichs zusammenfassend zu betonen, daß der Entwurf in der vorliegenden Form wohl kaum ein taugliches Instrument zum Schutz der Umwelt darstellen würde, wie es der Titel des Gesetzes verspricht.

25 Exemplare dieser Stellungnahme werden u.e. an die Parlamentsdirektion übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
für den Verband der Akademikerinnen Österreichs:


(Hofrat Dr. Elfriede STURM,
Präsidentin)


Dr. Brigitte JENNER ,
(1. Inlandssekretärin)

SEKRETARIAT: A-1010 WIEN I, REITSCHULGASSE 2 - TELEFON 533 90 80
Postsparkassenkonten: für allgemeine Zahlungen Nr. 7189.594 - für Studienförderung Nr. 7445.479